

Formulierungsvorschläge zum Einbringen der Forderungen in die Enquete Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ (<http://www.bundestag.de/internetenquete/>)

Die folgenden Forderungen aus ersten AGs wurden auf dem Kongress „Keine Bildung ohne Medien!“ von einer engagierten Gruppe so vorformuliert, dass sie direkt in die Beteiligungsplattform der Enquete-Kommission eingebracht werden können.

Die Forderungen der weiteren AGs sollten auch entsprechend formuliert eingebracht werden. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen finden sich hier: <http://www.keine-bildung-ohne-medien.de/ergebnisse-der-arbeitsgruppen>

Ab hier die Formulierungen und Hinweise aus der Arbeitsgruppe:

Wichtig: Die einzelnen Forderungen sollten von verschiedenen Personen eingereicht werden! Am besten ordnet sich jeder durch Kommentar zu und stellt die einzelne Forderung als Vorschlag unter <https://medienkompetenz.enquetebeteiligung.de/proposal> ein. Danach sollten unbedingt auch alle unsere Forderungen gevoted werden, um den einzelnen Statements Gewicht zu geben.

Unter Papiere könnten die AG-Ergebnisse vollständig eingereicht werden, dann können sich die einzelnen Vorschläge darauf beziehen! Vorschläge besser kurz, Begründungen in die Papiere!

Handlungsempfehlungen:

Formulierungswunsch der Kommission:

"Die Enquete-Kommission empfiehlt den Ländern.."

Die zentralen bildungspolitischen Forderungen der AG "Medienbildung in der Schule":

- Kein Jugendlicher darf Schule ohne grundlegende Medienbildung verlassen. Das bedeutet die verbindliche Verankerung in Prüfungen und Lehrplänen in allen Fächern.
- Keine Lehrperson darf die Lehrerbildung ohne Kompetenz zur Medienbildung abschließen; zugleich muss die Entwicklung der Kompetenz zur Medienbildung ein verbindlicher Bestandteil der Fort- und Weiterbildung sein. Das erfordert die Formulierung von akkreditierungsrelevanten Bildungsstandards durch KMK und die Aufnahme in das System der Aus-, Fort- und Weiterbildung
- Jede Schule muss ein fächer- und jahresübergreifendes Medienbildungskonzept als Teil des Schulprogramms entwickeln und umsetzen. Das bedeutet die Verankerung im länderspezifischen Qualitätsrahmen zur Schulentwicklung.
- Diese Zielsetzungen erfordern die Bereitstellung umfassender Ressourcen, die zumindest den Bildungsausgaben des OECD-Mittelwerts entsprechen.
- Für die Umsetzung des Medienbildungskonzeptes ist die aktive Unterstützung durch Bildungspolitik, Schuladministration, Schulforschung sowie der Eltern erforderlich. Dafür sind geeignete Kommunikationsstrukturen und Verfahren zu entwickeln und allen Beteiligten zur Verfügung zu stellen.

AG digitale Jugendbildung: (Umstellung der AG-Ergebnisse durch Daniel)

Papier der Forderungen der AG sollte eingereicht werden, alle folgenden Punkte der AG beziehen sich dann darauf.

Die Enquete-Kommission empfiehlt den Ländern, den gesellschaftlichen und politischen Mediendiskurs nicht länger allein an Problemen, Risiken und Defiziten orientieren. Auch das positive Potential muss erkannt und anerkannt werden. Die digitale Jugendkultur bedarf der Akzeptanz und Wertschätzung auf breiter gesellschaftlicher Basis. Nur über den Weg der Anerkennung der Jugendkulturen auch in ihren kreativen Potenzialen kann eine anschlussfähige Jugendmedienpolitik geschaffen werden.

<-- eingereicht durch Daniel Seitz

Die Enquete-Kommission empfiehlt den Ländern, der zunehmenden digitalen Ungleichheit zwischen Jugendlichen und ihren digitalen Jugendkulturen im Interesse von Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit aktiv und dezidiert entgegenzutreten. Dies sind grundlegende Voraussetzungen, dem derzeitigen epochalen Leitmedienwandel in angemessener Weise zu begegnen.

Die Enquete-Kommission empfiehlt den Ländern, Medienbildung zu einem fakultativen Bestandteil pädagogischer und sozialpädagogischer Studiengänge zu erklären.

Die Enquete-Kommission empfiehlt den Ländern, nachhaltige Strukturen digitaler Jugendbildung zu fördern. Sie sind systematisch, etwa durch entsprechende Forschungsförderungen und Projektmaßnahmen, auszubauen. Wesentlich ist der Aufbau einer nachhaltigen (nicht nur auf eine Vielzahl begrenzter Einzelprojekte beschränkten) und systematischen digitalen Jugendbildung.

Die Enquete-Kommission empfiehlt den Ländern eine verstärkte Zusammenarbeit von Politik und Experten: Die begonnen Dialoge zwischen Politik und medienpädagogischen Experten/innen sollten fortgesetzt werden. Experten können, insbesondere in Zeiten radikaler Umbrüche, wesentliche, schwer einsehbare Perspektiven vermitteln und anschlussfähig machen. Die Inhalte solcher Dialoge sollten in verstärktem Maße Berücksichtigung in politischen Expertisen finden.

AG Aktive Medienarbeit im Web 2.0 (Kerstin):

Die Enquete-Kommission empfiehlt den Ländern Rahmenbedingungen für selbständiges, medienbezogenes Handeln zu schaffen. Dabei sind sowohl Räume für formelle, als auch informelle Bildungsprozesse vorzusehen. Gerade im Kontext des social web müssen aber vor allem intensiver Angebote des peer-to-peer Lernens gefördert werden. Es sind Orte und Strukturen nötig, die Freiräume für eigenständiges, selbstgesteuertes, interessengeleitetes Handeln schaffen.

Die Enquete-Kommission empfiehlt den Ländern Rahmenbedingungen zu schaffen und deren ausreichende finanzielle und personelle Finanzierung sicherzustellen in denen speziell Heranwachsenden aus sozialbenachteiligtem Milieus medienbezogenes Handeln ermöglicht wird.

Die Enquete-Kommission empfiehlt den Ländern Rahmenbedingungen zu schaffen und deren ausreichende finanzielle und personelle Finanzierung sicherzustellen, um medienpädagogische Kompetenz von Fachkräften auszubilden und zu stärken. Alle, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, müssen vertiefte Kenntnisse bezüglich der Medien und der Medienaneignung ihrer Zielgruppe haben. Es sollten v.a. handlungsorientierte, subjektbezogene Ansätze ins Zentrum gestellt werden. Dies betrifft vor allem die Ausbildung, aber auch die Fort- und Weiterbildung von pädagogisch Tätigen in der Breite. Dies muss durch einschlägige qualifizierte Fachkräfte erfolgen. Konzepte für die Aus- und Weiterbildung sind deutschlandweit übergreifend zu erarbeiten, ausreichend zu finanzieren und Synergien zu nutzen.

Die Enquete-Kommission empfiehlt den Ländern eine einfachere Gestaltung von Urheberrechten, um das Medienhandeln von Heranwachsenden zu unterstützen und medienpädagogische Arbeit in allen Bildungsinstitutionen zu fördern. Dazu gehört auch, dass Medieninhalte für die allgemeine Bildungsarbeit zur Verfügung gestellt und entsprechende Rahmenvereinbarungen getroffen werden.